



Brüssel, 27. November 2007

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

Binnenmarktausschuss verabschiedet Paket zur Warenverkehrsfreiheit

Als gutes Zwischenergebnis hat der stellvertretende Vorsitzende im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, Andreas Schwab, den Ausgang der heutigen Ausschussabstimmung über das Paket zur Warenverkehrsfreiheit bezeichnet. Damit legte der federführende Binnenmarktausschuss seine Position zum zukünftigen Rechtsrahmen für die Produktvermarktung, zur Akkreditierung und Marktüberwachung und zur Anwendung nationaler technischer Vorschriften für diejenigen Produkte, die in einem anderen Mitgliedstaat bereits rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, fest.

"Mit seinem heutigen Votum für diese Bereiche hat der Binnenmarktausschuss einen Beitrag zur Stärkung des Verbraucherschutzes in der Europäischen Union geleistet. Die europäischen Verbraucher müssen sich auf einheitliche Produkt- und Sicherheitsstandards in der EU verlassen können und zwar unabhängig davon, wo und über welchen Vertriebsweg sie ihre Waren beziehen", erklärte Schwab heute in Brüssel. Der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg stellte ferner fest, dass mit dem Ausgang der heutigen Abstimmung auch hohe Standards bei der Sicherheitskennzeichnung etwa durch das GS-Zeichen bis auf weiteres gewährleistet werden konnten.

Offen bleibe hier jedoch die Frage, inwieweit die nationalen Sicherheitslabels wie das GS-Prüfzeichen in Deutschland auch auf die europäische Ebene übertragen werden bzw. in ein europäisches Prüfsiegel einfließen könnten. Hier gelte es nun zunächst, eine entsprechende Studie der EU-Kommission abzuwarten, um eine bessere Entscheidungsgrundlage zu bekommen. Allerdings müsse im Zweifelsfall auch bei der Produktkennzeichnung die grundsätzliche Regel Bestand haben, dass das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung im nicht harmonisierten Bereich Vorteile für Wirtschaft und Verbraucher bringt. Damit müssten in Zukunft beispielsweise auch Fahrräder mit batteriebetriebenen Lichtquellen und nicht nur solche mit Dynamos in allen Mitgliedstaaten erlaubt werden, erläuterte Schwab abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938

EVP-ED-Pressestelle, Knut Gözl, Tel.: +32 - 479 - 972144